

# Solidaritätsberichtsbericht

Meine Arbeit als Abgeordneter für DIE LINKE im Bundestag 2009 - 2013  
Tätigkeitsbericht von Andrej Hunko, Aachen

Bei der Bundestagswahl 2009 kandidierte ich als Direktkandidat in Aachen und auf Platz 6 der Landesliste NRW und wurde zum ersten Mal Bundestagsabgeordneter. Wie in meiner Bewerbung 2009 angekündigt, habe ich meinen Schwerpunkt auf die Europapolitik gelegt, bin Mitglied des EU-Ausschusses geworden und Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.



## Arbeit im EU-Ausschuss

Alle großen krisenbedingten europapolitischen Entscheidungen der letzten Jahre sind durch den Bundestag gegangen und wurden im EU-Ausschuss verhandelt – so der ESM und Fiskalpakt oder die barbarischen Austeritätsprogramme für Griechenland oder Portugal. Ich bin stolz darauf, mit dazu beigetragen zu haben, dass DIE LINKE den Charakter dieser Programme von Anfang an erkannt, diese Art der „Rettungs“politik konsequent abgelehnt und jeweilig konkrete Alternativen in Form von Anträgen vorgeschlagen hat. Dazu gehören ein europäischer Ansatz zur Entmachtung der Finanzmärkte durch konsequente Regulierung und Verkleinerung des Bankensektors, die Demokratisierung der EZB inklusive der Möglichkeit Attacken der Finanzmärkte durch Direktkredite auszuhebeln, eine europaweite Vermögensabgabe und Vermögenssteuer sowie sozial-ökologische Aufbauprogramme für die in die Rezession getriebenen Länder.

Hervorzuheben ist unsere Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Fiskalvertrag und den Europäischen „Rettungsschirm“ ESM, die ich in der Fraktion vorgeschlagen hatte. Fiskalvertrag und ESM sind die wichtigsten Meilensteine für eine Radikalisierung des neoliberalen Charakters der EU seit Beginn der Banken- und Finanzkrise 2007/2008. Die herrschenden Eliten in der EU und allen voran die Bundesregierung nutzen die Krise, der eine kapitalistische Überakkumulationskrise zu Grunde liegt, um diesen Kurs zu vertiefen. Während europaweit die Banken mit öffentlichen Geldern gerettet wurden, soll die zur „Staatschuldenkrise“ umgedeutete Krise durch Haushaltskürzungen und Deregulierung bewältigt werden. Dies bedroht die noch verbliebene Sozialstaatlichkeit in Deutschland und Europa. Den Druck der Finanzmärkte nutzend, wird weiterhin zum Angriff auf bislang sicher geglaubte demokratische Standards übergegangen. Dieser Weg zu einer autoritären und austeritären EU wird an „Programmländern“ wie Griechenland oder Portugal vorexerziert und soll europaweit durchgesetzt werden.

Im Rahmen der Arbeitsteilung mit meinen Kollegen Diether Dehm, Thomas Nord und Alexander Ulrich im EU-Ausschuss habe ich den Bereich der Innen- und Justizpolitik der EU übernommen. Fernab der öffentlichen Aufmerksamkeit bilden sich hier in zahllosen

Arbeitsgruppen oder völlig informell auf europäischer Ebene embryonale staatlich repressive Strukturen, die nicht den demokratischen Standards auf nationaler Ebene entsprechen. Mittels zahlreicher Anfragen an die Bundesregierung versuche ich hier Licht in ein wenig wahrgenommenes Feld zu bringen. Immer wieder ist es mir in den letzten drei Jahren gelungen, einzelne Vorgänge aufzudecken und ggf. zu skandalisieren. Dazu gehören etwa die Aufdeckung der grenzüberschreitenden verdeckten Ermittler, mit dem spektakulären Fall Mark Kennedy, paramilitärische Polizeikooperationen oder umfangreiche von der EU-Kommission finanzierte Überwachungsprojekte wie INDECT. Auch die jüngste Erkenntnis über die Drohnenpläne der Bundesregierung ist ein Teilprodukt einer Kleinen Anfrage aus meinem Büro, die schwerpunktmäßig die europäische Drohnenstrategie zum Gegenstand hatte. Eine parlamentarische Opposition hat nach meinem Verständnis auch eine investigative Pflicht, der ich nach meiner Einschätzung umfangreich nachgekommen bin.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld im EU-Ausschuss sind die Beitrittsverhandlungen mit Island und der Türkei, für die ich für die Fraktion zuständig bin. In zahlreichen Reisen in die Türkei habe ich immer wieder auf die dramatische Menschenrechtssituation hingewiesen, die Massenverhaftungen und die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Auf meine Initiative wurden die acht immer noch inhaftierten gewählten Abgeordneten in das Bundestagsprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ aufgenommen. Dreimal besuchte ich die „KCK-Prozesse“ und war gemeinsam mit Günther Wallraff beim Prozess gegen Doğan Akhanlı. Zahlreiche Abschiebungen von linken Aktivist/innen aus verschiedenen europäischen Ländern in die Türkei konnte ich durch Interventionen über das Auswärtige Amt verhindern.



Solidarität mit Doğan Akhanlı

Ich trete entschieden für eine friedliche und politische Lösung des türkisch-kurdischen Konfliktes ein und habe das auf verschiedenen Ebenen immer wieder zum Ausdruck gebracht.

## Europarat

Ein weiterer zentraler Aspekt meiner Arbeit ist der Europarat in Straßburg, in dessen Parlamentarischer Versammlung ich Mitglied bin. Das Parlament des Europarates setzt sich aus Delegationen der nationalen Parlamente zusammen, aus Deutschland sind dort 18



Mit Nikolaj Villomsen (DK), Tiny Kox (NL) und Ertuğrul Kürkçü (TR) in Straßburg

Mitglieder vertreten, DIE LINKE hat zwei Sitze und zwei Stellvertreter/innen. Der Europarat ist eine internationale Organisation, die älter ist als die EU

und unabhängig von ihr funktioniert. Er hat außerdem mehr Mitglieder: Zum Beispiel sind auch Russland und die Türkei Mitglieder des Europarates. Seine Aufgaben beziehen sich auf drei zentrale Aspekte: Die Einhaltung der Menschenrechte (darunter: sozialer Rechte), von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Meinem strategischen Grundansatz im Europarat liegt die Überzeugung zu Grunde, dass das neoliberale Krisenregime, das gegenwärtig auf EU-Ebene installiert wird, mit den fundamentalen europäischen Konventionen, wie der Europäischen Menschenrechtskonvention, in Widerspruch gerät. Aus diesem Widerspruch heraus versuche ich im Europarat gegenzusteuern. Nicht ganz erfolglos: Als Berichterstatter zur Gefahr der Austeritätspolitik für Demokratie und soziale Rechte habe ich erreicht, dass eine Resolution mit linker Krisenanalyse mit deutlicher Mehrheit angenommen wurde. Zusammen mit Genoss/innen der linken Fraktion initiierte ich mehrere andere Entschlüsse, darunter zur Verfolgung der Sinti und Roma in Europa, zum „Drug Checking“ und zum Arbeitsrecht. Für den Europarat nahm ich außerdem an Wahlbeobachtermissionen in Moldawien, Kasachstan, Kirgisien, der Türkei und der Ukraine teil.

Die Tätigkeiten im Europarat versuche ich auch zu nutzen um Repression gegen politische Aktivist/innen entgegen zu wirken. Bei allen Reisen besuche ich Gefängnisse oder treffe mich mit linken, sozialen oder gewerkschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Zwei Gefängnisbesuche, bei Nevin Berktaş in der Türkei und Natalia Sokolova in Kasachstan, trugen zu ihrer anschließenden Entlassung bei. Gleichzeitig versuche ich die Reisen zu nutzen, um die Vernetzung der europäischen Linken voran zu treiben. Auf meine Initiative wurde der isländische Finanzminister eingeladen, um vor dem Europaratsparlament den alternativen isländischen Weg aus der Krise vorzustellen.

## Außerparlamentarische Krisenproteste

Im Kampf gegen die austeritäre und zunehmend autoritäre Krisenpolitik bin ich vielerorts außerparlamentarisch aktiv. Ich bin davon überzeugt, dass sich Verände-

rungen nicht allein über unsere Arbeit im Parlament durchsetzen lassen und dass wir Druck von der Straße brauchen. Deshalb ist es mir sehr wichtig, außerparlamentarische Initiativen und soziale Bewegungen zu unterstützen

und in ihnen mitzuwirken – ich sehe mich trotz meiner Position als Abgeordneter als Teil dieser Bewegungen.

Deshalb habe ich, um nur ein paar Beispiele zu nennen, an den Blockupy-Aktionen im Mai und im Oktober in Frankfurt/Main ebenso teilgenommen, wie an internationalen Großdemonstrationen in Paris und Athen. Nach meinem Verständnis muss sich die parlamentarische Linke als Teil einer breiteren gesellschaftlichen Linken verstehen, die besondere Situation in den Parlamenten, die zusätzlichen Werkzeuge, die ihr hier zur Verfügung stehen, jedoch effektiv anwenden. Ich betrachte das Parlament nicht nur als Bühne sondern als wichtiges Tätigkeits- und Auseinandersetzungsfeld, das allerdings zur gesellschaftlichen Veränderung alleine nicht ausreicht.



## Griechenland im Fokus



Mit Viola v. Cramon-Taubadel in Athen

Ein Fokus meiner Arbeit ist Griechenland. Hier hat die falsche Austeritätspolitik unter der Führung der Bundesregierung dramatische Folgen.

Bei mehreren Reisen habe ich die Vernetzung mit der Linkspartei Syriza und mit Akteur/innen sozialer Bewegungen ausgebaut. In Deutschland thematisierte ich in dutzenden Veranstaltungen die katastrophale soziale Situation in Griechenland sowohl für die griechische Bevölkerung als auch für Migrant/innen. In Griechenland bahnt sich eine doppelte humanitäre Tragödie an. Die direkten sozialen Folgen der Kürzungspolitik sind für die Bevölkerung fatal. Gleichzeitig verschärft das von der EU und vor allem Deutschland durchgesetzte Dublin-II-System die ohnehin prekäre gesellschaftliche Situation von Migrant/innen in Griechenland. Obwohl sie dort unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert sind, wird eine solidarische Verteilung auf andere EU-Mitgliedstaaten abgelehnt. Sowohl die soziale Situation als auch die barbarischen Zustände am griechisch-türkischen Grenzfluss Evros und in den griechischen Abschiebegefängnissen machte ich immer wieder zum Gegenstand von Anfragen an die Bundesregierung.

## Migration

Die Migrationspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten war Gegenstand zahlreicher parlamentarischer Anfragen und Initiativen. Dabei kritisierte ich sowohl die Arbeit der EU-Grenzschutzagentur Frontex als auch die deutsche Beteiligung. Immer wieder ertranken Flüchtlinge auf dem Mittelmeer oder wurden durch Schüsse am Evros getötet. Ich konnte herausarbeiten, wie die Reisefreiheit innerhalb der EU längst durch EU-weite Kontrollmaßnahmen und Polizeioperationen außer Kraft gesetzt ist.

## Mexiko

Als Mitglied der deutsch-mexikanischen Parlamentariergruppe setze ich mich für bedrohte Menschenrechtsverteidiger/innen ein. Vor allem aber habe ich die Entwicklung von deutschen Waffenexporten nach Mexiko und die Kooperation im Sicherheitsbereich kritisch verfolgt und erfolgreich auf die Tagesordnung gebracht. Im mexikanischen



In Mexiko

„Krieg gegen den Drogenhandel“, der seit 2006 Zehntausenden das Leben kostete, finden sich auch immer wieder deutsche Waffen wieder, die gegen die Bevölkerung eingesetzt werden. Die Geschäfte deutscher Rüstungsunternehmen mit dem Krieg in Mexiko und die Abkommen der Bundesregierung habe ich kritisch beobachtet und bin dagegen aktiv geworden.

Als Mitglied des Aachener Friedenspreises schlug ich außerdem den Preisträger des vergangenen Jahres, den mexikanischen Menschenrechtler Alejandro Cerezo und seine Organisation „Comité Cerezo“, vor. Es hat mich sehr gefreut, dass die Mitglieder des Aachener Friedenspreises die mexikanischen Aktivist/innen in dieser Form unterstützten.

## Wahlkreis

Meine Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter aus dem Wahlkreis Aachen verstehe ich nicht als Lobbyismus, Interessen aus meinem Wohnort Vorrang vor den Anliegen anderer Regionen zu organisieren. Gleichwohl bin ich gerne Ansprechpartner für die Menschen aus dem Dreiländereck und versuche, ihren Anliegen Gehör und Unterstützung zu verschaffen. Ich habe mit meinem Büro dazu beigetragen, das Linke Zentrum in Aachen zu einer Anlaufstelle für politisch Interessierte zu machen und dort regelmäßige Sozialsprechstunden organisiert, die inzwischen zur



Gründung einer eigenständigen und sehr engagierten Hartz-IV-AG im Kreisverband geführt haben. Der Protest gegen den reaktionären „Karlspreis“ steht in Aachen leider auch regelmäßig auf der politischen Agenda.



Der Propaganda für neoliberale Europa-konzepte haben wir in den vergangenen Jahren stets eine kritische Veranstal-

tung am Vorabend entgegengesetzt. Mit etwa einem Dutzend Sonntagsmatinees habe ich mit meinem Team eine Veranstaltungsreihe etabliert, die der vertieften inhaltlichen Auseinandersetzung mit vielen interessanten Referent/innen Raum gibt. Die zahlreichen Einladungen zu ähnlichen Veranstaltungen in anderen Kreisverbänden habe ich – wann immer möglich – ebenso gerne wahrgenommen.

Auch der regelmäßige Kontakt mit emanzipatorischen migrantischen Organisationen, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Friedensorganisationen ist mir dabei sehr wichtig. Damit sich Menschen aus Aachen und dem Rest von NRW einen Eindruck von meiner Arbeit und dem politischen Berlin machen können, haben wir zahlreiche Wahkreisfahrten mit speziellem Programm (u.a. lobbyismuskritischer Stadtrundgang im Regierungsviertel) organisiert, an denen rund 500 Menschen teilgenommen haben.



## Schluss

Solidarität mit linken und sozialen Akteurinnen und Akteuren und ihre ganz praktische Unterstützung gegen Repression überall in Europa sind für mich selbstverständlicher Teil der täglichen Arbeit. Nicht zuletzt in Aachen und NRW bekam ich die konkrete Unterstützung der Arbeit der LINKEN und verschiedenster Bewegungen vor Ort, wie ich glaube, ganz gut hin und ich hoffe das weiterführen zu können. Die Linke muss sich in Deutschland und Europa zu einem machtvollen Schwungrad für ein soziales, demokratisches, friedliches, ökologisches und solidarisches Europa entwickeln. Daran würde ich gerne als Bundestagsabgeordneter mit meinem Team weiter arbeiten.

## Kontakt

Mehr zu meiner Arbeit findet Ihr unter [www.andrej-hunko.de](http://www.andrej-hunko.de) sowie unter [facebook.com/andrej.hunko](https://facebook.com/andrej.hunko) und [twitter.com/AndrejHunko](https://twitter.com/AndrejHunko). Per E-Mail erreicht man mich unter [andrej.hunko@bundestag.de](mailto:andrej.hunko@bundestag.de) und telefonisch unter 030/227-79133 (Bundestagsbüro) oder unter 0241/990 68 250 (Wahlkreisbüro in Aachen). Außerdem ist derzeit ein Bürgerbüro in Neuss in Vorbereitung.